

Sieben Tage, die die Türkei veränderten **Zur aktuellen politischen Krise in der Türkei**

Bettina Luise Rürup

Die Ereignisse vom 24. April bis zum 2. Mai haben die türkische Gesellschaft in eine unerwartete politische Krise geworfen, die einige strukturelle Schwächen des politischen Systems in der Türkei verdeutlichen und in kürzester Zeit das (Selbst-) Bild der Türkei verändert haben.

Am vorläufigen Ende der Kette von Ereignissen, am 2. Mai 2007, entschied der Ausschuss für Verfassungsfragen des türkischen Parlaments, sich dem Vorschlag der Hohen Wahlkommission anzuschließen: Die vorgezogenen Parlamentswahlen wurden auf den 22. Juli 2007 terminiert.

Was ist in den letzten sieben Tagen im Einzelnen geschehen?

Nominierung des Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten

Nach langem Stillschweigen und zum letztmöglichen Zeitpunkt – einen Tag vor Ablauf der gesetzlichen Frist – stellte Ministerpräsident Erdoğan am 24. April 2007 seinen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten vor: Außenminister Abdullah Gül solle das Amt für die nächsten sieben Jahre vom amtierenden Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer am 16. Mai übernehmen. Die Wahl des Staatspräsidenten erfolgt verfassungsgemäß durch das Parlament in maximal vier Wahlgängen. Für die ersten beiden Wahlgänge ist eine Zweidrittelmehrheit (367) erforderlich, im dritten und vierten Wahlgang reicht die absolute Mehrheit (276). Die Wahlgänge waren für den 27. April, den 2., 9. und 15. Mai terminiert. Im ersten Wahlgang erhielt Gül 357 Stimmen und verpasste damit die Zweidrittelmehrheit von 367 Stimmen knapp. Aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Parlament (s. Aufstellung im Anhang) konnte man jedoch davon ausgehen, dass Abdullah Gül spätestens mit der dritten Wahl am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der AKP-Abgeordneten zum 11. Staatspräsidenten der türkischen Republik gemacht werden würde.

Reaktionen auf die Kandidatur des Außenministers

Während Stimmen aus der türkischen Wirtschaft, den Medien und dem europäischen Ausland die Kandidatur des Außenministers aufgrund seiner erfolgreichen Amtszeit als Außenminister und seines Images als moderater Vermittler ausdrücklich begrüßten, stieß

Referat:
Westliche Industrieländer
www.fes.de/international

die Aussicht auf einen Staatspräsidenten aus den Reihen der AKP in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft auf deutliche Ablehnung. Die Nominierung Abdullah Güls schien ihnen ein weiterer Schritt in Richtung der politischen Vorherrschaft der AKP und einer damit verbundenen Islamisierung von Politik und Gesellschaft.

Führende Politiker der EU wie Javier Solana und Joost Lagendijk hatten zunächst die Nominierung von Abdullah Gül begrüßt. Außenminister Steinmeier hat sich einige Tage später ebenfalls mit dem Hinweis auf die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren für seinen Amtskollegen ausgesprochen.

Klage vor dem Verfassungsgericht

Um den Prozess der Wahl eines Staatspräsidenten aus den Reihen der AKP aufzuhalten, erhob die Oppositionspartei CHP Klage gegen das Wahlverfahren beim türkischen Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht solle entscheiden, ob eine Mindestanzahl von Abgeordneten (2/3) im Parlament (550 Abgeordnete) für die Wahl anwesend sein muss. Da die AKP nur über 352 Sitze verfügt, bräuchte sie die Unterstützung von Abgeordneten anderer Parteien. Die Opposition hat so die Möglichkeit, über den Boykott – Fernbleiben aus dem Parlament – die Wahl des Kandidaten der AKP zum 11. Staatspräsidenten der Türkei verhindern.

Offene Warnungen vom Generalstabschef

In der Nacht von Freitag auf Samstag (27./28. April) stellte der Generalstabschef Yasar Büyükanit eine Erklärung auf die Internetseite der Armee, in der er seine Besorgnis um die laizistische Ordnung und das Fortbestehen der Republik im Kontext der Wahl des Staatspräsidenten zum Ausdruck brachte und eine scharfe Warnung gegen die Wahl Abdullah Güls für dieses Amt aussprach. Diese Erklärung wurde allgemein als massive Drohung seitens des Militärs wahrgenommen. Ein passender Begriff für diese Form der Einflussnahme wurde schnell gefunden: Aufgrund der modernen Kommunikationsmethoden und der starken Wirkung der Warnung spricht man in Anlehnung an Begriffe wie „e-learning“ von einem „e-Putsch“.

Massenmobilisierungen gegen die Kandidatur des Außenministers

Am Sonntag, dem 29. April, fand in Istanbul einer der größten Massenproteste in der Geschichte der Türkei statt: Hunderttausende Demonstranten (die Angaben schwanken zwischen 300.000 und 1,5 Millionen) – mehrheitlich Frauen – sprachen sich gegen einen Staatspräsidenten aus den Reihen der AKP aus. Zur Demonstration aufgerufen hatten laizistische Frauenverbände und Atatürk-Gedenkvereine, der Gewerkschaftsverband DISK und die CHP, die sozialdemokratischen Parteien DSP und SHP sowie die nationalistisch-marxistische Arbeiterpartei (IP). Zwei Wochen zuvor, am 14. April, hatte in Ankara ebenfalls eine sehr große Demonstration mit dem gleichen Anliegen stattgefunden. Die Demonstranten in Istanbul setzten sich aus sehr unterschiedlichen Gruppierungen zusammen. Sie protestierten mehrheitlich gegen eine Islamisierung (keine Scharia), ein Teil

auch gegen den Einfluss des Militärs (keinen Putsch). Während einige sich für mehr Demokratie und Grundrechte aussprachen, betonten andere die Unabhängigkeit der Türkei und kritisierten aus einer nationalistischen Warte den Einfluss der USA und der EU auf die türkische Politik.

Reaktion der Regierung gelassen

In einer Regierungserklärung am Montag, dem 30. April 2007, zeigte sich Ministerpräsident Erdoğan unerschüttert von den Ereignissen und rief zur Besonnenheit und Geschlossenheit auf. Er verwies auf die Erfolge seiner Regierungszeit: politische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum, demokratische Reformen und die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Gül und Erdoğan erklärten, sie hielten an der Kandidatur des Außenministers fest und warteten das Urteil des Verfassungsgerichtes ab.

Die Wirtschaft reagierte deutlich

Die Börse verzeichnete in diesen Tagen den stärksten Rückgang seit einem Jahr. Die Lira hat gegenüber dem US Dollar 2,2% verloren. Führende Wirtschaftsverbände, die bisher für das Ausschöpfen der gesamten Legislaturperiode, d.h. Wahl des Staatspräsidenten durch das amtierende Parlament und Parlamentswahlen im November 2007, votiert hatten, sprechen sich inzwischen ebenfalls für vorgezogene Parlamentswahlen aus.

Schnelles Urteil des Verfassungsgerichtes

Am 1. Mai 2007 erging das Urteil des Verfassungsgerichtes. Der erste Wahlgang wurde aufgrund des nichtvorhandenen Quorums annulliert. Als einziger Ausweg aus der Krise werden vorgezogene Neuwahlen gesehen, die Ministerpräsident Erdoğan für den 24. Juni 2007 vorschlug. Zudem regte er eine Verfassungsänderung an, um zukünftig den Staatspräsidenten vom Volk wählen lassen zu können.

Am Abend des 2. Mai entschied die Parlamentskommission für Verfassungsfragen, die Wahlen am 22. Juli abzuhalten.

Als neue Termine für das Wahlverfahren für den Staatspräsidenten legte das Parlament den 6., 9., 12. und 15. Mai fest. Politische Beobachter gehen jedoch davon aus, dass es keine weiteren Wahlgänge geben wird, wenn Gül aller Erwartung nach in der ersten Runde erneut daran scheitert, dass weniger als zwei Drittel der Abgeordneten zur Abstimmung erscheinen.

Weitere Kontroversen

Die Amtszeit des amtierenden Staatspräsidenten Sezer endet turnusgemäß am 16. Mai. Der Streit über die Frage der Interimslösung im Amt des Staatspräsidenten wurde kurz nach seinem Entstehen am 2. Mai überraschend schnell beigelegt. Der Parlamentspräsident Bülent Arınç, ein konservativer AKP-Abgeordneter, nahm seine zuvor erhobenen Ansprüche

zurück, und Ahmet Necdet Sezer kündigte am 3. Mai die Weiterführung des Amtes als „Interims-Staatspräsident“ an.

Der Vorschlag der AKP, eine Verfassungsänderung für die Direktwahl des Staatspräsidenten durch die Bevölkerung noch mit dem amtierenden Parlament zu verabschieden und die allgemeinen Wahlen für das Parlament mit Wahlen für den Staatspräsidenten zu verbinden, ist sehr umstritten. Dies würde eine grundlegende Änderung der demokratischen Ordnung in der Türkei hin zu einem semi-präsidentiellen System bedeuten, die einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte und der sorgfältigen Vorbereitung eines gesetzlichen Reformvorschlages, in dem das Wahlverfahren und die zukünftigen Funktionen des Staatspräsidenten im Einzelnen geklärt werden, bedarf. Umstritten ist zur Zeit noch, ob und wie lange das Parlament überhaupt noch weiter arbeiten wird.

Kurze Phase des Wahlkampfes

Mit den zunächst vorgeschlagenen Terminen Ende Juni schien die Phase des Wahlkampfes extrem kurz, mit dem von der Hohen Wahlkommission vorgegebenen Wahltermin am 22. Juli wird die Phase des Wahlkampfes rund 2 Monate sein. Das türkische Wahlrecht erlaubt kurzfristige Parteienbündnisse, so werden konservative und sozialdemokratische Parteien möglicherweise Wahlbündnisse eingehen, um gemeinsam über die 10% Hürde bei der nächsten Wahl zu gelangen. Die 10% Hürde hatte dazugeführt, dass im aktuellen Parlament rund 45 Prozent der Stimmen nicht vertreten sind, und ist eine der Ursachen für die aktuellen außerparlamentarischen Auseinandersetzungen um die Wahl des Staatspräsidenten.

Mögliche Szenarien für die Wahlen

Die Meinungsumfragen der letzten Monate legen nahe, dass die AKP auch bei den nächsten Parlamentswahlen deutlich vor den anderen Parteien liegen wird.

So sind zur Zeit zwei Szenarien denkbar:

1. Es gelingt weiteren Parteien (CHP und MHP, eventuell auch weitere Parteienbündnisse wie möglicherweise von DYP und ANAP) in das Parlament zu kommen. Dies würde den Sitzanteil der AKP – auch bei einem guten Stimmergebnis – reduzieren. Unter diesen Bedingungen könnte eine Koalitionsregierung mehrerer Parteien notwendig werden. Die Bestimmung eines Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten wird dann einen Konsens zwischen den Parteien erfordern.
2. Die AKP geht gestärkt aus der Krise hervor; sie erlangt nochmals einen fulminanten Wahlsieg und stellt auch die nächste Regierung. In diesem Fall wird sie erneut den Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten – aus ihren Reihen – nominieren und – sollte das Wahlverfahren nicht geändert werden – wählen können.

Welche Schlüsse lassen sich aus den jüngsten Entwicklungen ziehen?

AKP verpasst die Chance der Nominierung eines Kompromisskandidaten

Die AKP-Führung hat es nicht für notwendig erachtet, einen Kompromisskandidaten für das Amt des Staatspräsidenten zu finden. Während die Öffentlichkeit intensiv über mögliche Optionen diskutiert hat, wurde von der Regierung bzw. Parteiführung Stillschweigen über mögliche Kandidaten geübt. So gab es keine öffentliche Debatte über reale Kandidaten. Die Entscheidung fiel gegen mögliche Kompromisskandidaten aus Kreisen jenseits der AKP (beispielsweise die Verfassungsgerichtspräsidentin Tulay Tugcu oder der ehemalige Generalstabschef Hilmi Özkök) ebenso, wie gegen Personen aus der Gruppe der gemäßigten AKP-Politiker, deren Ehefrauen kein Kopftuch tragen oder die einzige Frau im aktuellen Kabinett, Nimet Cubukcu – als deutliches Signal einer liberalen und toleranten Einstellung der AKP. Diese Chancen sind nicht genutzt worden. So ist der Protest des Militärs und grossen Teilen der Gesellschaft von der AKP und Ministerpräsident Erdoğan entweder unterschätzt oder billigend in Kauf genommen worden.

Das Militär sieht sich nach wie vor als Garant der laizistischen Ordnung

Das türkische Militär sieht es nach wie vor als seine Aufgabe an, sich zu politischen Sachverhalten normativ zu äussern und gegebenenfalls klare Warnungen auszusprechen. Die demokratischen Reformen der letzten Jahre haben formal den Einfluss des Militärs beschränkt, und die EU hat in ihrem Fortschrittsbericht im November 2006 ein weiteres Zurückdrängen des Militärs aus dem zivilen/politischen Bereich gefordert. Dies hat das Militär jedoch nicht an einer starken Geste der politischen Einflussnahme gehindert. Vor dem Hintergrund der Reformen könnte die Einflussnahme jedoch aus einer heute schon eher defensiven Position heraus erfolgt sein. Eine weitere Eskalation der militärischen Einflussnahme ist nicht zu erwarten.

Berechtigte Angst vor einer „islamischen Republik Türkei“?

Die Kandidatur eines religiösen Politikers für das Amt des Staatspräsidenten wird mit der Islamisierung der Gesellschaft gleichgesetzt. Es gibt eine verbreitete Angst vor dieser Tendenz, die in den historischen Wurzeln der AKP begründet ist: Die AKP ist aus der Partei Necmet Erbakans nach deren Zerschlagung im Kontext des Eingreifens des Militärs 1997 entstanden. Bis heute zweifeln viele an der Wandlungsfähigkeit führender Vertreter dieser Partei, so auch an Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und Außenminister Abdullah Gül.

Die verbreitete Sorge vor einer Islamisierung scheint weniger in einer empirisch-analytischen Auswertung der Regierungsarbeit der AKP auf nationaler und kommunaler Ebene begründet zu sein, sondern richtet sich eher diffus gegen einen religiös-konservativen Lebensstil, der durch die AKP verkörpert wird. Die Demonstranten in Ankara und Istanbul haben ihre Ablehnung dieser moralischen Konzepte (Kopftuch, Geschlechtertrennung, etc.) deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Besetzung von Stellen in Verwaltung, Schule und Justiz durch AKP und AKP-nahe Personen wird mit Sorge beobachtet – auch wenn diese Personalpolitik für die eigene Klientel sich möglicherweise nicht stark von der anderer Parteien unterscheidet. Da wichtige personalpolitische Entscheidungen in Justiz und Verwaltung vom Staatspräsidenten gebilligt werden müssen – und es in der vergangenen Legislaturperiode eine Reihe von Vetos des Staatspräsidenten gab – fürchten die Laizisten nun um den Verlust eines der wichtigsten Gegengewichte gegen den Einfluss religiös geprägter Politik, wenn der Staatspräsident von der AKP gestellt werden sollte.

Politische Konfliktlinien zeichnen soziale Spaltung der Gesellschaft nach

Bei der aktuellen politischen Krise um die Wahl des Staatspräsidenten zeigt sich auch die soziale Spaltung in der Türkei sehr deutlich. Die alten modernen Mittel- und Oberschichten, die so genannten „weißen Türken“ – aus dieser Gruppe rekrutiert sich die Mehrzahl der Demonstranten in Ankara und Istanbul –, beobachten das Erstarken einer religiös geprägten Politikerklasse mit starkem Argwohn. Weite Teile der Unterschicht und neuen Mittelschicht finden ihre politische Heimat zunehmend bei der moderat islamischen AKP. Das starke Wirtschaftswachstum und das Aufkommen einer neuen Schicht von kleinen und mittleren Unternehmern in konservativen Teilen des Landes hat der AKP eine breite Wählerschicht unter den „schwarzen Türken“ verschafft.

Verzerrung des Wählerwillens

Die Verzerrung des Wählerwillens durch die 10 Prozent-Hürde im türkischen Parlament ist eine der Ursachen für die aktuelle politische Krise. Die Beibehaltung dieser außergewöhnlich hohen Quote hat zur Folge, dass Wählerstimmen nach der Wahl in großem Ausmaß im Parlament nicht vertreten sind und eine begrenzte Zahl von Wählerstimmen zu einer Mehrheit im Parlament führen kann. Dies zeigt die aktuelle Zusammensetzung des Parlaments, in dem rund 45% der abgegebenen Stimmen nicht vertreten sind, da sie an Parteien gegeben wurden, die die 10 Prozent-Hürde nicht nehmen konnten, und die AKP mit 34% der Stimmen über eine deutliche Mehrheit im Parlament verfügen.

Demokratie Defizite des politischen Akteure

Die gesellschaftlichen Reaktionen im Kontext der Krise weisen demokratische Defizite der Akteure auf: Die Regierung erkennt die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Konsensbildung bei der Nominierung eines Kandidaten nicht; das Militär überschreitet (erneut) seine Kompetenzen; die parlamentarische Opposition kann/konnte die Meinungen des laizistischen Lagers nicht ausreichend einbinden und artikulieren; der außerparlamentarischen Opposition bei den Protestveranstaltungen in Istanbul und Ankara mangelt es an einer klaren gemeinsamen politischen Perspektive.

Heiligt der Zweck die Mittel im Kampf um die Macht?

Die politische Krise um die Wahl des Staatspräsidenten lässt unterschiedliche politische Lager in der türkischen Gesellschaft deutlich zu Tage treten: Die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen „Islamisten und Laizisten“ wie es in den Medien häufig dargestellt wird, sondern eher zwischen den Vertretern einer religiös-konservativ geprägten Politik und den Verteidigern der bestehenden laizistischen Ordnung. Erstaunlicherweise lässt sich die Haltung der religiös-konservativen Akteure zum Teil eher mit einem liberalen Demokratieverständnis – wie manche Kommentatoren in der Türkei feststellen - in Einklang bringen, als das Politikverständnis von extremen Laizisten, denen selbst die Einmischung des Militärs im Kampf um die Macht als legitimes Mittel erscheint.

Folgen für die Beitrittsverhandlungen

Die Auswirkungen der politischen Krise auf den Fortgang der EU-Beitrittsverhandlungen lassen sich momentan nicht abschätzen. Sie hängen nicht zuletzt vom Ausgang der Wahlen ab. Das Bild der Türkei als gefestigte Demokratie ist durch die Ereignisse der letzten Tage beschädigt worden. Dies wird möglicherweise Einfluss auf die politische Unterstützung des Beitrittsverhandlungsprozesses in einigen Mitgliedsländern haben, und es wird einige Zeit dauern und besonderer Anstrengungen bedürfen, das erschütterte Vertrauen in die türkische Demokratie wiederherzustellen. Jedoch macht die Krise erneut deutlich, wie wichtig eine weitere Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der demokratischen Kräfte in der Türkei im Kontext der EU-Beitrittsverhandlungen ist.

Bettina Luise Rürup

Anhang Aktuelles Parteienspektrum und Sitzverteilung im Parlament (Stand Mai 2007)

Mit Fraktionsstatus:

- AKP Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei)
Vorsitzender: **Recep Tayyip Erdoğan**
aktuelle Sitze: 352 (34,3% der Stimmen bei den Wahlen 3.11. 2002)
- CHP Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
Vorsitzender: **Deniz Baykal**
Aktuelle Sitze: 151 (19,4%)
- ANAP Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
Vorsitzender: **Erkan Mumcu**
aktuelle Sitze: 20 (5,1%)
(Fraktionsstatus aufgrund von Parteiübertritten einzelner Abgeordneter)

Ohne Fraktionsstatus:

- SHP Sosyaldemokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratische Volkspartei)
Vorsitzender: **Murat Karayalçın**
aktuelle Sitze: 1 (Übertritt von CHP)
- DYP Doğru Yol Partisi (Partei des rechten Weges)
Vorsitzender: **Mehmet Agar**
aktuelle Sitze: 5 (9,5%)
- HYP Halkın Yükselişi Partisi (Partei des Aufstiegs des Volkes)
Vorsitzender: **Yasar Nuri Öztürk**
aktuelle Sitze: 1 (Übertritt von CHP)
- GP Genc Parti (Jugendpartei)
Vorsitzender: **Cem Uzan**
Aktuelle Sitze: 1 (7 %)

11 Abgeordnete sind unabhängig. Einige unbesetzte Sitze (Todesfälle, u.a.).

Weitere Parteien (nicht im Parlament vertreten):

- MHP Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der nationalistischen Bewegung)
Vorsitzender: **Devlet Bahçeli**
(8,3%)
- DTP Demokratik Toplum Partisi (Partei für eine demokratische Gesellschaft)
Vorgänger DEHAP (Demokratische Volkspartei)
Vorsitzender: **Ahmet Türk**
(6,2%)
- SP Saadet (Partei der Glückseligkeit)
Vorsitzender: **Recai Kutan** (Erbakan)
(2,5 %)
- DSP Demokratik Sol Parti (Partei der Demokratischen Linken)
Vorsitzender: **Zeki Sezer** (Nachfolger von Bülent Ecevit)
(1,2%)

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi
Mehmet Ali Bey Sk. 10/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei
Tel: +90 212 258 70 01
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich:
Bettina Luise Rürup
© FES Türkei, 2006

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG